

Britta Dirks
Anton Englisch
Giesemann
Heike Hansemann
Klaus-Dieter Kottek
Joachim Noack
Michael Witt

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Hans Gabriels
Ausschussmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Ausschussmitglied Norbert Schmidt

Mitglied CDU-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzender Martin Harms
Ausschussmitglied Stephan Hellwig
Ausschussvorsitzender Bernhard Rech

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Horst Radmer

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ausschussmitglied Joachim Tjaden

von der Verwaltung

von der Verwaltung Ludger Theunissen

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Hartmut Heydinger
Grundmandat Erika Lach

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 17.06.2008
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Bebauungsplan Nr. 166/1.Änderung - Südlich Groß Belt - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss
- 4.2 Bebauungsplan Nr. 207 - Remmelhauser Weg West - (mit Örtlicher Bauvorschrift) Erneuter Aufstellungsbeschluss
- 4.3 Flächennutzungsplan 1973 der Stadt Wilhelmshaven 49.Änderung - Sengwarden - Remmelhausen - Erneuter Aufstellungsbeschluss
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Flyer zum "Tag des Friedhofs"
- 5.2 EFRE und Städtebauförderung
- 5.3 Flächennutzungsplan JWP / Hafengroden
- 5.4 Planungsstand Firma Rosier
- 5.5 Besichtigungstour Hamburg / Bremen
- 5.6 Radweg "Am tiefen Fahrwasser"
- 5.7 Bürgerbeteiligung Rathausplatz
- 5.8 Verkehrssituation Schwerlastverkehr im Stadtnorden
- 5.9 Nahverkehrsplan
- 5.10 Spielplätze
- 5.11 Südzentrale
- 5.12 Bismarckstraße / Geschwindigkeitsbegrenzung
- 5.13 Taxistand Nordseepassage
- 5.14 Fahrradständer
- 6 Öffentliche Anhörungen

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr **Rech** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde genehmigt.

- 3 über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 17.06.2008

Die Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 17.06.2008 wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Bebauungsplan Nr. 166/1.Änderung - Südlich Groß Belt - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss

Herr **Gieselmann** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Rech** bat den APB um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) die Aufstellung des

Bebauungsplans Nr. 166 / 2. Änderung

- SÜDLICH GROSS BELT -

Im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf zu und beschließt, ihn einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

4.2 Bebauungsplan Nr. 207 - Remmelhauser Weg West - (mit Örtlicher Bauvorschrift) Erneuter Aufstellungsbeschluss

Herr **Kottek** erklärte, dass der Ortsrat zu dem Thema bereits getagt, jedoch keinen diesbezüglichen Beschluss gefasst hat. Hintergrund ist der, dass der FNP in der Anfangsvariation größer war (nicht im Bereich der Wohnbebauung).

Herr **Theunissen** erläuterte ausführlich die Vorlage sowie auch die Vorlage zu TOP 4.3. (der Einfachheit halber gemeinsam behandelt).

Herr **Rech** fragte, warum hier im vorliegenden Fall derart prägnant auf das öffentliche Baurecht hingewiesen wurde, da doch überall eigentlich öffentliches Baurecht herrsche.

Frau **Dirks** erwiderte, dass nicht überall öffentliches Baurecht Anwendung findet, sondern wirklich nur da, wo in den Bebauungsplänen explizit darauf hingewiesen wurde.

Herr **Kottek** ergänzte, dass es früher wesentlich mehr Pläne dieser Art gab, welche aber vom Verwaltungsgericht gekippt wurden. Derartige Festsetzungen sind nur noch möglich, wenn man eine hohe Anzahl gleichartiger Bauten in einem Gebiet hat. Aus diesem Grund beschränkt man sich nun auf die wirklich schützenswerten Teile der Besiedlung. Für den Bereich Sengwarden besteht

immer noch die Hoffnung, bei Wiederauflage von Dorferneuerungsprogrammen aufgrund der Einheitlichkeit des Siedlungsteiles in diese Förderung mit aufgenommen zu werden, um vor allem auch den touristischen Charakter im Bereich Sengwarden etwas stärker hervorheben zu können (Nähe zu den Nordseebädern), da in diesem Bereich für Sengwarden noch etwas Nachholbedarf besteht und eine Entwicklungsperspektive vorhanden ist.

Frau **Dirks** ergänzte, dass früher bereits einmal Fördermittel für Sengwarden und Fedderwarden beantragt worden sind, die jedoch abgelehnt wurden mit der Begründung, dass die Struktur in Fedderwarden bereits zu städtisch sei. Aus diesem Grunde ist der Beschluss des Bebauungsplanes sehr wichtig, um die ländliche Struktur und festzuschreiben und so in den Genuss von Fördermitteln zu kommen. Es geht hierbei lediglich um die Festschreibung der Rahmenbedingungen für diesen Bereich.

Herr **Rech** bat den APB um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt mehrheitlich mit 8 JA-Stimmen bei 1 Enthaltung:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) die erneute Aufstellung des

Bebauungsplans Nr. 207

- REMMELHAUSER WEG WEST -

gem. Vorlage.

Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

4.3 Flächennutzungsplan 1973 der Stadt Wilhelmshaven 49.Änderung - Sengwarden - Remmelhausen - Erneuter Aufstellungsbeschluss

Herr **Rech** bat den APB um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen beschließt einstimmig:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) die erneute Aufstellung der

49. Änderung des Flächennutzungsplanes 1973 der Stadt Wilhelmshaven

- SENGWARDEN-REMMELHAUSEN -

gem. Vorlage.

Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Flyer zum "Tag des Friedhofs"

Herr **Kottek** führte aus, dass der in Auftrag gegebene Flyer zum Tag des Friedhofs nicht die Zustimmung der Bauverwaltung findet, dies allein schon aufgrund der unglaublichen Anhäufung grammatikalischer Fehler, und eine Kostenübernahme daher nicht in Betracht käme.

5.2 EFRE und Städtebauförderung

Herr **Kottek** führte aus, dass man erfreulicherweise die Mitteilung erhalten habe, dass man im EFRE sowie auch im Stadtumbau West berücksichtigt werde. Die entsprechenden Bewilligungsbescheide liegen zwar noch nicht vor, man geht jedoch davon aus, dass dies noch in diesem Jahr erfolgen wird, dann kann auch bestimmt werden, welche Maßnahmen damit verbunden sein könnten. Sowohl bei EFRE als auch bei den Städtebaufördermitteln wurden Aktionsgebiete gebildet und Maßnahmen vorgeschlagen, u.a. auch die KW-Brücke. Aufgrund der Mittelreduzierung von 4 Mio € auf 1.9 Mio € mussten dem Rat Vorschläge unterbreitet werden, auch das Gebiet zu reduzieren. Dies ist nun anerkannt worden und man wird, sobald die offiziellen Bewilligungsbescheide vorliegen, Vorschläge erarbeiten und vorlegen, wie nun weiter verfahren wird. Ein zweiter Schwerpunkt der EFRE-Förderung ist die weitere Umgestaltung der Marktstraße und die KW-Brücke, im Rahmen des Stadtumbau West ging es in der Hauptsache um die Jadeallee und Umgebung. Es bliebe dann nur noch dafür zu sorgen, dass der entsprechende Eigenanteil in den nächsten Jahren aufgebracht wird.

5.3 Flächennutzungsplan JWP / Hafengroden

Herr **Kottek** führte aus, der FNP schon recht lange bei der Regierungsvertretung zur Genehmigung liegt, am 12.09.2008 sind es bereits 3 Monate, danach würde, sofern nicht eine Fristverlängerung in Frage kommt, die Genehmigungsfiktion eintreten. In Gesprächen hat sich herausgestellt, dass es Schwierigkeiten damit gibt, dass auf der einen Seite ein Planfeststellungsbeschluss existiert, der aber nicht dem FNP entspricht. Der vorhandene FNP beinhaltet schon die Änderung Nr. 4, welche von der JWP-Realisierungsgesellschaft eingereicht wurde (in Abänderung des Planfeststellungsbeschlusses). Es ist für den 10.09.2008 ein Termin mit der JWP-Realisierungsgesellschaft und der Regierungsvertretung anberaumt worden, wo die JWP-RG dann der Regierungsvertretung die wesentlichsten Änderungen mitteilt. Im Anschluss daran wird die WSG, die Planfeststellungsbehörde, dazukommen, und dann wird man hoffentlich die Bestätigung erhalten, dass die eingereichte Planänderung Nr. 4 mit der vorgelegten FNP-Änderung übereinstimmt, so dass noch in dieser Woche mit der Genehmigung des FNP JWP gerechnet werden kann. Damit wäre dann der größte Teil der diesbezüglichen Arbeiten der letzten Jahre erledigt. Die nächsten Schritte wären dann der Bebauungsplan Nr. 211 (Hafengroden; der BBP 211 wird auch im Gespräch mit der JWP-RG thematisiert werden um zu erörtern, welche Verkehrsanbindung dort

erfolgen soll) und der Bebauungsplan Nr. 213 (nördl./südl. der Posener Straße).

5.4 Planungsstand Firma Rosier

Herr **Schmidt** fragte nach dem aktuellen Planungsstand bezüglich der Firma Rosier.

Herr **Kottek** antwortete, dass es bei den Planungen hierfür 2 Probleme gab. Zum einen ist dies die Chlorgasleitung, dieses Problem kann mit entsprechendem technischen und finanziellen Aufwand gelöst werden, indem man die Leitung bis zu einem bestimmten Punkt hinter dem Deich einhaust, wo dann, weil das Chlorgas dann schwerer ist, dieser Teil des Geländes nicht mehr tangiert wird, auch nicht die Parkplätze. Ein schwerwiegenderes Problem scheint sich bezüglich des Schalls zu ergeben. Es existiert hier ein Gutachten, aus welchem sich ergibt, dass in manchen Aufmesspunkten die zulässigen Werte um bis zu 10 dBA überschritten werden. Eine abschließende Aussage kann hier noch nicht getroffen werden, diesbezüglich gibt es am 10.09.2008 eine interne Besprechung und am 12.09.2008 wird Herr Witt mit den Vertretern des Ingenieurbüros und der Firma Rosier beraten, ob man hier bereits Schlussfolgerungen ziehen kann oder ob es noch Alternativen gibt und wie diese aussehen könnten. Nach den bisherigen Gutachten jedoch wird dies sehr schwer sein.

Herr **Radmer** fragte, um welche Flächen es hier konkret gehe.

Herr **Witt** erklärte, dass es sich um die Fläche handelt, welche begrenzt wird vom Niedersachsendamm (zukünftig Autobahn), der Straße Am tiefen Fahrwasser, der Posener Straße und der neuen Straße zum Voslapper Leuchtturm, also die gesamte Fläche südlich der Posener Straße mit einem entsprechenden Abstand zur Wohnbebauung.

Herr **Tjaden** fragte, ob die Flächen dem Land (NPorts) gehören und zum Verkauf stünden.

Herr **Kottek** bejahte dies und ergänzte, dass beabsichtigt sei, möglichst alle Flächen zu veräußern.

5.5 Besichtigungstour Hamburg / Bremen

Herr **Schmidt** lobte die Planung und Durchführung der Veranstaltung. Die Besichtigungen in Bremen und Hamburg seien wieder eine Bereicherung gewesen. Hier konnte man sehen, was machbar ist, wenn die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung stehen. Dies übertragen auf die Südstadt Wilhelmshavens lässt den Wunsch aufkommen, hier noch etwas zu verändern, da ja auch keine Gesamtplanung für diesen Bereich vorliegt. Es wird hier und da etwas geändert (Wiesbadenbrücke, Hafentorbrücke z.B.). Während man in Bremen sowie Hamburg den Eindruck hat, dass dort Gesamtentwicklungspläne vorliegen, die nach und nach abgearbeitet werden, ist es in Wilhelmshaven doch eher so, dass hier und da zwar Pläne

vorliegen, jedoch die Gesamtplanungen nur bruchstückhaft vorangetrieben werden. Dies soll nicht bedeuten, dass ein Rahmenplan, so er denn vorhanden wäre, auch strengstens umgesetzt werden müsste, hier wäre dann auch zur Flexibilität zu raten. Dies betrifft insbesondere auch den Bereich der Banter Kaserne, wo immer wieder im Gespräch ist, wer da alles hin soll, so dass man sich fragen muss, wieso hierfür keine Gesamtplanung vorhanden ist, insbesondere vor dem Hintergrund der vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Bereich und in Wilhelmshaven überhaupt.

Herr **Radmer** erklärte, dass man nun eine CD mit der Rahmenplanung für die Wiesbadenbrücke von Herrn Schomers habe. Allerdings werde hier auch nur ein Teil der Wiesbadenbrücke beplant. Es müsse also irgendwann einmal ein Gesamtplan entwickelt werden.

Herr **Tjaden** konkretisierte dahingehend, dass es auch hier ein Wohnen und Arbeiten nebeneinander gibt. Die damit verbundene Problematik wie z.B. der Lärmentwicklung habe man in Hamburg geradezu meisterhaft gelöst, indem man interessierten Investoren von Anfang an klargemacht habe, dass es in der Nachbarschaft Gewerbebetriebe gibt und diese auch am derzeitigen Standort verbleiben werden unberücksichtigt irgendwelcher geplanter Wohnbebauung. Ebenso geschickt fand er die Lösung um die Erdgeschossnutzung der Gebäude, wo eine gewerbliche Nutzung zwingend vorgeschrieben ist, um den Bereich zusätzlich zu beleben, und bisher alle Investoren dort haben diese Vorgaben geschluckt. Es gibt von dort also einige Anregungen, die man eventuell für Wilhelmshaven übernehmen könnte.

Herr **Barkowski** begrüßte die Idee einer Gesamtplanung, da dies auch für mögliche Investoren sehr wichtig sei, damit diese darüber informiert sind, was sie machen können und mit welchen Auflagen gerechnet werden muss. Die bisherige Vorgehensweise der Teillösungen, welche letztendlich zu einem stimmigen Gesamtergebnis führen sollen, ist hier eigentlich nicht der richtige Ansatz. Richtiger wäre es, ausgehend von einem Gesamtprojekt je nach Finanzkraft und Investor die entsprechenden Teilprojekte durchzuführen, um so letztendlich zur Verwirklichung der Gesamtplanung zu gelangen.

Herr **Kempcke** gab zu bedenken, dass in Hamburg zum einen wesentlich mehr Flächen zur Verfügung stehen als in Wilhelmshaven, auf der anderen Seite auch wesentlich mehr Geld für Investitionen da ist. Des weiteren gilt es zu beachten, dass die Verhältnisse in Wilhelmshaven für Planungen von Wohnen und Arbeiten nebeneinander so sind, dass bereits im Vorfeld möglicher Bebauungen bereits Lärmschutzgutachten eingeholt werden, welche von Anfang an die Angelegenheit verkomplizieren.

Herr **Kottek** führte aus, dass privatrechtliche Vereinbarungen mit Investoren oder Mietern, welche diese verpflichten, auf Beschwerden bezüglich des Gewerbelärms zu verzichten, schlichtweg rechtswidrig sind und daher auch keinen Bestand haben können. Desweiteren ist es so, das gedanklich ein Gesamtplan rund um den großen Hafen und den Handelshafen schon vorhanden, doch kann man diesen Plan nicht in Gänze darlegen. Er bot an, die bisherigen Planungen im Rahmen eines Masterplanes vorzustellen, so dass ersichtlich wird, wo bereits

Bebauungspläne vorhanden sind, und die noch offenen sowie die vorhandenen Entwicklungsflächen werden entsprechend gekennzeichnet. Zu den Entwicklungsflächen wird auch der Bereich Jade-Stahl gehören, worüber dann in etwa 10 – 15 Jahren nachzudenken wäre. Die Vorlage des Planes könnte dann in etwa einem halben Jahr erfolgen. Eventuell wäre es auch nicht schlecht, wie in Hamburg und Bremen ja gesehen, ein entsprechendes Modell anfertigen zu lassen.

Herr **Rech** fragte, was denn ein derartiges Modell kosten würde und wie man verfahren müsste, um ein solches zu bekommen.

Herr **Kottek** ergänzte, dass zuerst der zweidimensionale Masterplan vorhanden sein muss und dann darüber entschieden werden könne, ob ein Modell angefertigt werde und von wem.

5.6 Radweg "Am tiefen Fahrwasser"

Auf Nachfrage von Herrn Radmer erklärte Herr **Kottek**, dass man den Auftrag erhalten habe, nochmals über einen Radweg nachzudenken. In verschiedenen Gesprächen wurde nun eine Lösung gefunden, welche aber noch nicht dem Verwaltungsvorstand vorgestellt wurde, da noch nicht alle Rahmenbedingungen geklärt sind. Hierfür ist noch Zeit bis Anfang nächsten Jahres, wenn die Deichquerung an der Straße am tiefen Fahrwasser gemacht wird. Etwa März/April 2009 könne man dann die Streckenführung fortsetzen. Wenn man die Strecke bis zur Nordkante vom JWP und etwas darüber hinaus fortsetzt, entstünden Kosten in Höhe von etwa 120.000 €, bis zur Nordkante selbst etwa 70.000 €. Die JWP-RG wäre bereit, die Maßnahme mit 40% zu bezuschussen. Möglicherweise lassen sich für diese Maßnahme auch noch weitere Sponsoren finden, da sie ja direkt der Bevölkerung zugute kommt und nicht nur provisorisch sein muss, sondern auch durchaus langfristig dort entlangführen kann. Es wird zwar später auch wieder einen Radweg östlich des Deiches geben, von welcher man allerdings direkt auf eine Gewerbefläche sieht, so dass der Weg links des Deiches möglicherweise durchaus seinen Reiz auf die Radfahrer ausübt. Er geht davon aus, dass die letzten Abstimmungsgespräche in den nächsten 2 – 3 Wochen erledigt sind. Danach werde er die Angelegenheit dann im Verwaltungsvorstand vorstellen.

Herr **Hellwig** erklärte, dass man bei der Planung des Radweges von dem JWP in seiner derzeitigen Planung ausgehen würde. Es sei jedoch schon abzusehen, dass spätestens kurz nach der Fertigstellung bereits eine Erweiterung in nördlicher Richtung angedacht werde. So sei es letztendlich sinnvoller, den Radweg gleich von Anfang an bis hin zur Rüstersieler Straße zu führen, um nicht später erneut diesbezüglich mit den Planungen zu beginnen.

Hierzu erklärte Herr **Kottek**, dass es bei einer Verlängerung des JWP keine Probleme bereite, den Fahrradweg entsprechend fortzusetzen.

5.7 Bürgerbeteiligung Rathausplatz

Herr **Kottek** führte aus, dass die Gestaltung des Rathausplatzes aufgrund des bereits vorhandenen Funktionsplanes bekannt ist. Jetzt geht es darum, wie man diesen Funktionsplan umsetzt. Es war beabsichtigt, das Büro Thalen (Herrn Pfeiffer) zu beauftragen, der auch die städtischen Planungen im Fußgängerbereich und Valoisplatz gemacht hat. Ein Angebot liegt bereits vor, und es wurde daraufhin versucht, zumindest im Vorfeld schon einmal die Planung für den Rathausplatz zu beantragen, so dass auch ausreichend Zeit vorhanden wäre, den Bürger hieran zu beteiligen. Es wurde versucht, die aus der Emsstraße eingesparten Mittel hierfür zu verwenden, was seitens der Kämmerei abgelehnt wurde. Es hat somit wenig Sinn, über eine Bürgerbeteiligung nachzudenken bezüglich einer Planung, die derzeit nicht weiter vorangetrieben werden kann.

Herr **Rech** fragte, ob es denn anhand der bereits von Herrn Witt vorgestellten und bekannten Planungen möglich sei, für den Bürger einen übersichtlichen und einfach verständlichen Plan zu erstellen.

Herr **Witt** führte aus, dass es wenig Sinn macht, dem Bürger eine unvollständige Planung vorzustellen.

Herr **Radmer** fragte, ob man denn den vorhandenen Plan nicht als Grundlage für eine irgendwie geartete Bürgerbeteiligung verwenden könne.

Herr **Kottek** erklärte, dass er diese Anregung im Verwaltungsvorstand vortragen werde. Das eigentliche Problem ist aber, solange die Angelegenheit Kaufland nicht „in trockenen Tüchern“ ist, steht auch die Umgestaltung des Rathausplatzes in Frage.

Herr **Hellwig** führte aus, dass es schon seit langem Planungen gibt, den Bismarckplatz umzugestalten, was bisher jedoch immer an der Finanzierung gescheitert ist. Auch sei es unsinnig, Kräfte der Verwaltung zu binden und Kosten zu verursachen, um Planungen zu veröffentlichen, deren Verwirklichung nicht gesichert ist, denn auch eine Bürgerbeteiligung kostet wieder Geld. Er fragte weiter nach dem derzeitigen Sachstand bezüglich des ehemaligen Schlachthofes, des Sachstandes bezüglich des Südgleises und der Havermonikenstraße sowie auch des Planfeststellungsverfahrens für das Nordgleis.

Bezüglich der Havermonikenstraße verwies Herr **Kottek** auf die nächste APB-Sitzung aufgrund der Komplexität des Themas. Derzeit wird die Rüderstraße durchgebaut, wobei noch unklar ist, was hier mit dem Gleis passiert. In diesem Zusammenhang wird auch das Thema Planfeststellungsverfahren Nordgleis verschoben auf die nächste Sitzung.

5.8 Verkehrssituation Schwerlastverkehr im Stadtnorden

Herr **Barkowski** fragte nach der Regelung des Schwerlastverkehrs im Zusammenhang mit den Baustellen im Stadtnorden.

Herr **Kottek** erklärte, dass er hierüber Auskunft geben könne, dies aber nicht dürfe, bevor das Thema nicht im Rat abgehandelt worden sei (am 17.09.).

Herr **Radmer** äußerte seinen Unmut darüber, dass seitens der Verwaltungsspitze die Information der Ausschüsse aus unerfindlichen Gründen unterbunden und damit auch die Arbeit der Ausschüsse untergraben wird.

5.9 Nahverkehrsplan

Herr **Witt** führte aus, dass im Rat beschlossen wurde, den Nahverkehrsplan 2008 zum 01.01.2009 fortzuschreiben. Verwaltungsintern wurde dies als unproblematisch angesehen, da das in Vorbereitung befindliche Linienbündelungskonzept der VEJ ebenfalls Bestandteil des Nahverkehrsplans werden soll. Aufgrund der von der Stadt nicht zu vertretenden Verzögerungen wird dieses Linienbündelungskonzept erst zum Ende des Jahres vorliegen, was bedeutet, dass eine Beschlussfassung noch in 2008 nicht möglich sein wird.

5.10 Spielplätze

Herr **Tjaden** erklärte, dass er bereits mehrfach das Thema Spielplätze aufgeworfen habe. Im Frühjahr sind einige Spielplätze abgerüstet worden, um die Geräte instandzusetzen, und einige dieser Plätze sind nicht wieder aufgerüstet worden. Es ist sicherlich so, dass der ein oder andere Spiel- und Bolzplatz nicht mehr benötigt wird. Er fragte, ob es möglich wäre, eine Übersicht der Plätze zu erhalten, welche beibehalten werden.

Nach konträrer Diskussion führte Frau **Hansemann** aus, dass das Spielplatzkonzept kommt. Es mussten zuerst die endgültigen Zuständigkeiten geklärt werden. Herr Kottek hat die Angelegenheit dann zur Chefsache erklärt und bereits ein Konzept ausgearbeitet. Er hat auch schon mit Herrn Stoffers und dem Jugendamt Kontakt aufgenommen und wird das Konzept u.a. im Jugendhilfeausschuss vorstellen.

5.11 Südzentrale

Herr **Schmidt** fragte, ob es weitere Gespräche bezüglich der Südzentrale gegeben hat und welche Möglichkeiten vorhanden sind, die Politik daran zu beteiligen.

Herr **Kottek** verwies diesbezüglich auf das im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung Gesagte (Protokoll Nr. 09/2008).

Herr **Radmer** schlug vor, dass der APB die Verwaltung auffordert, klare Aussagen in der nächsten Sitzung zu diesem Thema zu machen.

5.12 Bismarckstraße / Geschwindigkeitsbegrenzung

Herr **Kempcke** führte aus, dass die Kathrinenfeldschule zwischenzeitlich geschlossen ist, jedoch die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h immer noch Bestand hat. Es hat hier auch bereits Geschwindigkeitskontrollen gegeben, obwohl man in diesem Bereich nun 50 km/h fahren könnte, da die Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit aufgrund der Schulschließung eigentlich nicht mehr erforderlich ist. Die Betroffenen fühlen sich entsprechend abgezockt. Die Anwohner der Bismarckstraße sind nun der Auffassung, dass der gesamte Bereich zwischen Friesendamm und Bismarckplatz zur 30er-Zone gemacht werden sollte, auch um den Schwerlastverkehr auszubremsen, da viele sich nicht an die vorgegebene Geschwindigkeit halten und erheblich schneller fahren.

Herr **Kottek** erklärte, dass man das geprüft habe. Bei der Bismarckstraße handelt es sich um eine Hauptverkehrsstraße, eine quer durch die Stadt führende Hauptverbindung. Hier muss der LKW-Verkehr entlang geführt werden. Es ist nicht beabsichtigt, die Temp-30-Zone aufzuheben wegen des gegenüber der geschlossenen Schule liegenden Spielplatzes. Seitens SGW ist es jedoch nicht vorstellbar, dass der gesamte genannte Bereich in eine 30er-Zone umgewidmet wird.

5.13 Taxistand Nordseepassage

Herr **Rech** fragte, ob eine Fahrtrichtungsänderung der Taxen nicht ausreichend wäre, die Situation zu entschärfen (letztes Taxi = erstes Taxi), so wären die Wagen zum einen auf der richtigen Straßenseite, zum anderen haben sie vor der Parkhauszufahrt eine großzügige Wendemöglichkeit.

Herr **Kottek** erklärte, dass man das prüfen werde. Allerdings müssten die Taxen dann zur Erreichung des „1. Platzes“ immer rückwärts fahren, wodurch zusätzliches Gefahrenpotential geschaffen wird.

Herr **Radmer** wies darauf hin, dass beschlossen wurde, für diesen Bereich ein Gesamtkonzept zu entwickeln.

Herr **Witt** erläuterte weiter, dass es bereits Gespräche mit der Centerleitung und den Taxiunternehmen gegeben habe und das Thema dann weiter in der Oktobersitzung dieses Ausschusses beraten werden soll.

5.14 Fahrradständer

Herr **Rech** fragte nach einem Konzept bezüglich der Aufstellung von Fahrradständern, da es grundsätzlich zu wenige davon gäbe.

Herr **Witt** erklärte, dass man derzeit ein Radwegekonzept vorbereite und hierbei auch die Frage der Fahrradstellplätze thematisiert werde. Ein Schwerpunkt hierbei wird sicherlich auch der Bereich der Nordseepassage sein.

Herr **Rech** schlug vor, auf dem Valoisplatz noch einen Fahrradstellplatz zu installieren, da im Eingangsbereich der Nordseepassage hierfür kein Platz mehr vorhanden ist.

6 Öffentliche Anhörungen

Eine öffentliche Anhörung fand nicht statt.